



Aktueller Begriff

Hintergründe des Militärputsches in Mali von Mai 2021

Am 24. Mai 2021 entmachtete das malische Militär unter Führung des Übergangs-Vizepräsidenten **Assimi Goïta** den Übergangspräsidenten **Bah N'Daw** sowie den Premierminister **Moctar Ouane**. Diese standen zuvor einer Interimsregierung vor, die in Folge des erst im August 2020 vorausgegangenen Staatsstreichs eingesetzt worden war, um Neuwahlen vorzubereiten. Es handelt sich somit gewissermaßen um einen **Putsch im Putsch**.

Anlass für den erneuten Staatsstreich war eine Regierungsumbildung auf Drängen vieler Bürgerinnen und Bürger. Die Protestbewegung **M5-RFP** (Bewegung des 5. Juni, Sammlung der patriotischen Kräfte) hatte die Demonstrationen von 2020 angeführt, die schließlich im **Putsch von August 2020** gipfelten. Der damalige Präsident Ibrahim Boubacar Keïta wurde neben anderen Regierungsangehörigen vom Militär verhaftet und verzichtete daraufhin auf sein Amt. Eine **Militärjunta** um Assimi Goïta, die sich als **CNSP** (Nationales Komitee für die Errettung des Volkes) bezeichnete, übernahm die Kontrolle. Obwohl dieser Staatsstreich von der Staatengemeinschaft verurteilt wurde, begrüßten weite Teile der Bevölkerung die Absetzung Keïtas. Eine **Übergangscharta** bestimmte, dass die Interimsregierung während einer 18-monatigen Übergangsperiode den Weg für **Neuwahlen** ebnen sollte. Im Mai 2021 sah sich die Militärjunta aber nicht ausreichend in der Übergangsregierung repräsentiert und putschte erneut. Goïta versprach dennoch wiederholt, die Neuwahlen wie geplant Anfang 2022 durchzuführen.

Mali befindet sich bereits seit einer **Rebellion der Tuareg** von 2012 in einer andauernden Sicherheitskrise. Trotz einer zeitweise (1992 – 2012) relativ stabilen Demokratie war es dem malischen Staat seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 nie vollständig gelungen, den Norden des Landes zu kontrollieren. So kam es wiederholt zu Aufständen der Tuareg, die aufgrund ihrer nomadischen Lebensweise seit der Kolonialzeit marginalisiert wurden. Viele Angehörige dieser Volksgruppe nahmen 2011 auf Seiten Muammar al-Gaddafis am **Bürgerkrieg in Libyen** teil und kehrten nach dessen Sturz kampferprobt und mit schweren Kriegswaffen nach Mali zurück, um für die Unabhängigkeit des als **Azawad** bezeichneten nördlichen Landesteils zu kämpfen. Zu diesem Zweck schlossen sich die Tuareg zu der politischen und militärischen Organisation **MNLA** (Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad) zusammen und verbündeten sich mit **islamistischen Gruppierungen**. Im Januar 2012 griffen die Aufständischen die malische Armee im Norden des Landes an und konnten große Gebietsgewinne erzielen. Die Unzufriedenheit des Militärs, das der Regierung unzureichende Unterstützung im Kampf gegen die Rebellen vorwarf, führte im **März 2012** zu einem **Putsch**. Eine Gruppe von Soldaten erklärte den damaligen Präsidenten **Amadou Toumani Touré** für abgesetzt. Dies rief einhellige internationale Kritik hervor, die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft **ECOWAS** verhängte Sanktionen. Die Putschisten erklärten sich daraufhin bereit, eine Übergangsregierung einzusetzen. Der Staatsstreich schaffte ein Machtvakuum, das den Aufständischen zu weiteren militärischen Erfolgen verhalf. Im April

2012 rief die MNLA den von Mali unabhängigen, jedoch international nicht anerkannten, Staat **Azawad** aus. Kurz darauf zerbrach das Bündnis zwischen der MNLA und den Islamisten wegen unterschiedlicher Zielsetzungen. Während die MNLA hauptsächlich die territoriale Unabhängigkeit anstrebte, verfolgten die islamistischen Gruppen vor allem religiöse Ziele und führten die Scharia im Azawad ein. Die Islamisten gewannen die Oberhand in den besetzten Gebieten, vertrieben die MNLA und drangen weiter nach Zentralmali vor. In der Folge kam es zu starken Flüchtlingsbewegungen innerhalb des Landes sowie in die Nachbarländer.

Um die Islamisten zu stoppen, bat die malische Regierung die Staatengemeinschaft um militärische Hilfe. Im Dezember 2012 verabschiedete der **VN-Sicherheitsrat** die **Resolution 2085**, die auch den bewaffneten Einsatz einer afrikanisch geführten internationalen Unterstützungsmission für Mali vorsah. Da die Vorbereitungen für eine solche Intervention zunächst stockten, die Rebellen sich aber der Hauptstadt Bamako näherten, begann Frankreich auf Ersuchen von Mali mit **Operation Serval** eine militärische Intervention. Kurz darauf folgte die von der ECOWAS geführte Mission **AFISMA** (African-led International Support Mission to Mali). Insbesondere durch die Unterstützung der französischen Streitkräfte wurden die von den Islamisten besetzten Gebiete innerhalb weniger Wochen vollständig zurückerobert. Im Juni 2013 wurde ein **Waffenstillstand** zwischen der malischen Regierung und der MNLA vereinbart. Die dadurch ermöglichte Präsidentschaftswahl im Juli 2013 konnte **Ibrahim Boubacar Keïta** für sich entscheiden. 2015 wurde nach langen Verhandlungen zwischen der malischen Regierung und einem Verband von Tuareg das **Friedensabkommen von Algier** unterzeichnet. Es sah Entwicklungsprogramme und größere Autonomie für Nord-Mali, aber auch die Rückkehr der malischen Armee in den Norden vor. Dennoch verschlechterte sich die Sicherheitslage in den Folgejahren stetig. Um diese in der Region nachhaltig zu verbessern, werden verschiedene Militär- und Ausbildungsoperationen durchgeführt. AFISMA wurde im Frühling 2013 durch die VN-Friedensmission **MINUSMA** (United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) abgelöst. Deutschland beteiligt sich an diesem Einsatz mit höchstens 1.100 Soldaten, das Mandat wurde vom Deutschen Bundestag bis zum 31. Mai 2022 verlängert. An die im August 2014 beendete Operation Serval schloss sich **Operation Barkhane** an, mit der Frankreich Terrorismus im gesamten Sahel bekämpft. Die EU unterstützt seit 2013 mit **EUTM Mali** (European Training Mission Mali) die Ausbildung der malischen Streitkräfte. Die Bundeswehr stellt hierbei bis zu 600 Soldaten. Auch dieses Mandat läuft bis zum 31. Mai 2022. Zudem bildet die EU unter deutscher Beteiligung mit der Mission **EUCAP Sahel Mali** vor Ort Polizisten aus. Die Afrikanische Union ist in der Region mit der Mission **MISAHEL** mit einer ähnlichen Zielsetzung wie MINUSMA im Einsatz. Der erneute Putsch wirft für die Organisationen und Staaten, die Mali unterstützen, die Frage auf, ob die malische Regierung ein zuverlässiger Bündnispartner sein kann. Da Mali – auch im Hinblick auf mögliche Flüchtlingsströme – enorm wichtig für die Stabilität des Sahels ist und der Kampf gegen den Terrorismus zudem internationale Interessen betrifft, überwiegt für VN, EU und Deutschland wohl weiterhin der Nutzen von MINUSMA, EUTM und EUCAP. Frankreichs Präsident Macron hat dagegen in Folge des Putsches angekündigt, Operation Barkhane grundlegend umzubilden und gegebenenfalls einen Teil der 5.100 Soldaten aus dem Land abzuziehen.

Ausgewählte Quellen:

- Wolfram Lacher, Unser schwieriger Partner Deutschlands und Frankreichs erfolgloses Engagement in Libyen und Mali, SWP, Februar 2021 https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S03_deutschland_frankreich_libyen_mali.pdf (Stand: 8. Juli 2021).
- David Ehl, Mali: Was hinter dem "Putsch im Putsch" steckt, Deutsche Welle, 27. Mai 2021 <https://www.dw.com/de/mali-was-hinter-dem-putsch-im-putsch-steckt/a-57675765> (Stand: 8. Juli 2021).